

Leistung für die Bereicherung der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung.

Die Massenkämpfe der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen in der Periode der revolutionären Nachkriegskrise erreichten im Jahre 1923 ihren Höhepunkt. Die von den deutschen Monopolherren provozierte militärische Besetzung des Ruhrgebietes durch den französischen Imperialismus bildete eine schwere Bedrohung des Friedens und der nationalen Interessen Deutschlands. Die Ruhrbesetzung verschärfte die Wirtschaftskrise in Deutschland. Während sich Banken und Konzerne hemmungslos bereicherten, wälzten sie mit Hilfe der Regierung Cuno durch verschärfte Ausbeutung und beschleunigte Inflation alle Lasten auf die Massen ab und stürzten immer größere Teile der Arbeiterklasse, der Bauern und der Mittelschichten in Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend. Die antinationale Haltung der deutschen Großbourgeoisie zeigte sich weiterhin in der Verschärfung der Revanchehetze und in der Mobilisierung der faschistischen und separatistischen Kräfte. Gleichzeitig führten deutsche Konzernherren mit dem französischen Monopolkapital Verhandlungen über die gemeinsame Ausbeutung des Ruhrgebietes und französischer Kohle- und Erzgruben. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen antworteten darauf in zunehmendem Umfang mit Massenaktionen, mit Streiks und Demonstrationen, zur Verteidigung ihrer Lebensrechte und der nationalen Interessen.

Der 8. Parteitag der KPD in Leipzig Ende Januar/Anfang Februar 1923 hatte die Aufgabe, die Politik zur Sammlung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen um die Partei und zur Errichtung einer revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung in Deutschland auszuarbeiten. Auf dem Parteitag kam es jedoch zu grundlegenden Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der Einheitsfront und des Weges zur Eroberung der Macht. Die rechtsopportunistische Gruppe Brandler-Thalheimer setzte trotz des Kampfes der revolutionären Kräfte auf dem Parteitag in der Entschließung Formulierungen durch, die nicht auf den revolutionären Massenkampf zur Beseitigung der imperialistischen Staatsmacht orientierten. Diese Gruppe behauptete, man könne den bürgerlichen Staatsapparat ausnutzen, um die bürgerlich-demokratische Republik auf „friedlichem Wege“ allmählich in einen Staat der Arbeiter und Bauern umzuwandeln. Die revolutionären Kräfte in der Partei, an ihrer Spitze Ernst Thälmann und Walter Ulbricht, kämpften gegen diese parteifeindlichen Auffassungen und traten für die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Massen und für die Bewaffnung der Arbeiterklasse ein. Die Tatsache, daß diese Grundfragen auf dem Parteitag